Nr. 11 — Jahrgang 20 Einzelnummer 0,10 Zł. Donnerstag, den 25. Januar 1934

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0.15 Zł., Anzeigen unter Text 0.60 Zł., von ausserhalb 0.80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Redaktion und Geschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnement: Monatlich 1,50 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr 1378

Sturmszenen in der französischen Kammer

Massendemonstrationen gegen die Regierung. — Die Rechte provoziert die Republikaner. — Zahlreiche Verhaftungen. Barrikaden in Paris. — Polizei und Demonstranten verletzt

Französischen Rechtskreisen kam die Finanzaffaire Stawiski sehr willkommen, um ihre ganze Kraft gegen Demokratie und Parlament zu mobilisieren. Dabei wird die Kürzung der Beamtengehälter mit dazu verbunden, um den Sturz der Regierung Chautemps herbeizuführen und durch Beeinflussung des Staatspräsidenten die Rechte ans Ruder zu bringen, die dann Neuwahlen ausschreiben soll, um den ganzen parlamentarischen Kurs zu liquidieren und auch in Frankreich dem Faschismus die Tore zu öffnen. Ohne Zweifel wirft der Stawiski-Skandal dunkle Punkte auf einige Linksabgeordnete und Rechtsanwälte, die der Radikalfraktion angehören oder Anhänger des heutigen Kurses in Frankreich sind. Seit einigen Tagen mobilisieren die Royalisten Massendemonstrationen in den verschiedensten Städten Frankreichs, die den sofortigen Rücktritt der Regierung fordern.

Im Verlauf des Dienstags kam es zu zahlreichen Demonstrationen in Paris, wobei Zusammenstösse mit der Polizei provoziert wurden, da die Demonstranten vor das Parlament wollten. Im Verlauf der Demonstrationen sind etwa 800 Verhaftungen, zwecks Namensfeststellung erfolgt, es kam zu blutigen Auseinandersetzungen, wobei mehrere Polizisten und Demonstranten blutige Verletzungen davontrugen. Zwar wurde die Polizei Herr der Lage, aber auf verschiedenen Strassen sind seitens der Demonstranten Barrikaden errichtet worden und der Verkehr wurde vorübergehend ganz stillgelegt.

Die Demonstrationen vor dem Parlamentsgebäude fanden ihren Widerhall bei der Budgetberatung. Als der Justizetat behandelt wurde, bestieg der Deputierte Henriot die Tribüne und griff die Regierung an. Unter anderem betonte er, wenn das Gefängniswesen besprochen wird, müsse man auch sagen, wer hereingehört, wobei er auf die Regierungsbank hinwies. Radikale und Sozialisten verhinderten dann Henriot am Weiterreden, es entspann sich ein Wortgefecht, wobei die Sozialisten die Frage richteten, wer diese Provokation bezahle. Der Kammerpräsident konnte sich nicht mehr durchsetzen, die Sitzung musste wiederholt unterbrochen werden, doch bei Beginn der Beratungen gingen die Angriffe von Rechts und Links weiter, bis schliesslich der Regierungschef Chautemps die Vertrauensfrage stellte.

Russland befürchtet jeden Augenblick Angriff

Der aussenpolitische Kurs der Sowjetunion. — Gespannte Beziehungen zu Japan und Deutschland. Die Kriegsgefahr im Fernen Osten wächst.

Volkskommissar Kaganowitsch wies in der Konferenz der vereinigten Moskauer Bezirks- und Stadtorganisationen auf das Vorhandensein zweier Gruppierungen der kapitilistischen Länder bezüglich der Stellungnahme zum Krieg hin. Unsere Politik, sagte der Volkskommissar, besteht darin, dass den imperialistischen Staaten nicht die Möglichkeit gegeben werde, ihre Gegensätze auf Kosten der Sowjetunion zu lösen. Unsere Stellung in Europa hat sich gefestigt. Frankreich ist an der Herstellung engerer Beziehungen zu uns interessiert. Was unsere Beziehungen zu Deutschland betrifft, so ist, sofern die deutsche Regierung ähnliche Beziehungen unterhalten will, wie sie vor dem faschistischen Regime bestanden, und sofern sie jede Anrempelung vermeiden will, unsere Regierung bereit, darauf einzugehen. Doch vermögen wir von deutscher Seite eine solche Handlung nicht zu erkennen und deshalb bleiben unsere Beziehungen zu Deutschland gespannt. Unsere Regierung hat der deutschen Regierung erklärt, dass die Fortsetzung der Rapallopolitik und die Unterhaltung normaler Beziehungen zu uns nicht nach Worten sondern nach Taten gewertet wird.

Kaganowitsch betonte sodann, dass die Herstellung normaler Beziehungen zwischen Sowjetrussland und den Vereinigten Staaten den grössten Faktor für die Festigung der internationalen Stellung der beiden Länder darstellt. Die Festigung der internationalen Stellung dieser beiden Länder sei äusserst schwerwiegend für die Lage im Fernen Osten. Als das zugespitzteste Problem der sowjetrussischen Aussenpolitik bezeichnet Kaganowitsch die Frage der Beziehungen zu Japan. Wir lassen uns nicht von Gefühlen leiten sondern nur durch nüchterne Analyse der Umstände. In Japan bekämpfen sich zwei Gruppierungen: Die kriegerische Gruppierung, an deren Spitze Araki stand, und die zweite, die einsieht, dass Japan schwerlich mit einem derart ernsten Gegner wie wir kämpfen kann, denn die Sowjetunion ist nicht das alte Russland des Zaren von 1914. Die Lage im Fernen Osten ist gespannt und wir müssen jeden beliebigen Augenblick den Angriff erwarten. Kaganowitsch erwähnt sodann die Verstärkung der sowjetrussischen Wehrmacht, die besonders von jenem Zeitpunkte einsetzte, in welchem sich die Beziehungen zu Japan zuspitzten, so dass die Rote Armee jetzt eine erstklassige Macht darstellt, die jedem die gebührende Antwort zu erteilen vermag, der auch nur nach einem Zoll unseres Landes trachtet.

In Besprechung der inneren politischen Fragen stellte Kaganowitsch ein ungeheures Anwachsen der Produktion der Schwerindustrie fest, die eine feste Grundlage für die technische Rekonstruktion aller Zweige der Volkswirtschaft darstellt.

Japan klagt Russland an

Der japanische Aussenminister Hirota hat bei seinem Exposee darauf hingewiesen, dass Japans Austritt aus dem Völkerbund keineswegs bedeutet, dass es sich auch aus der Völkergemeinschaft ausschliesst. Es will weiter seine „Friedenspolitik betreiben, will mit Amerika in bester Freundschaft leben, muss aber wachsam auf die Entwicklung der Verhältnisse in China sein. Russland betreibt weiter die Umsturzpropoganda und darum kann es auch nicht zu normalen Beziehungen mit Moskau kommen. Es ist auch zur Zusammenarbeit mit Russland bereit, aber erst müsse Russland seine kommunistische Propaganda in den mandschurischen Grenzgebieten einstellen, sonst werde Japan gezwungen sein, sich mit anderen Mitteln zur Wehr zu setzen.

Deutschland bittet London um Vermittlung

Wie „News Chronicl", aus gutunterrichteten Diplomatenkreisen erfahren haben will, hat Deutschland die englische Regierung gebeten, zwischen Frankreich und Deutschland die Vermittlerrolle zu übernehmen. Aus diesem Grunde ist auch Sir Simon unerwartet aus Genf nach London gekommen. Deutschland will unter allen Umständen die Abrüstungsverhandlungen aus Genf unter eigener Beteiligung auf die Grossmächte übertragen, wozu bereits Italien seine Zustimmung gegeben hat.

Oesterreich wehrt sich

Der österreichische Gesandte von Tauchnitz in Berlin hat beim Aussenminister von Neurath ernsthafte Vorstellung erhoben und eine Erklärung gefordert, dass sich Deutschland in die innere Angelegenheit nicht mehr einmischen wird und auch die Subventionen an die österreichischen Nazis einstellt, andernfalls sich die Wiener Regierung direkt an den Völkerbund um Intervention in Berlin wenden werde.

Revolution der Wirtschaft

Von Dr. Richard Kern.

Die Wirtschaftserschütterung, die mit dem Weltkrieg beginnt und seitdem sich in kurzwelligen Phasen fortsetzt, deren Ablauf sich ebenso ökonomisch wie politisch bestimmt zeigt, hat auch für die rein sozialistischen Aufgaben der Neuorganisation in der Wirtschaft ganz andere Bedingungen geschaffen.

1918 erschien das kapitalistische System zwar durch die Verwüstung des Krieges wirtschaftlich in schwere Mitleidenschaft gezogen, der Nationalreichtum verwüstet, die Aufgabe des Wiederaufbaues gigantisch, aber der Kapitalismus als solcher war auch für das Massenbewusstsein noch wenig erschüttert. Nicht grundlegende sozialistische Neuordnung, sondern Sozialreform, Verbesserung der Lebenshaltung war das dringendste Verlangen. Nahrungsmittelzufuhr für das ausgehungerte Volk stand im Vordergrund. Sozialisierung der Banken, der Kohlenbergwerke erschienen als spätere Sorge.

Heute ist der Kapitalismus als System im Massenbewusstsein weit über die Krise der Arbeiterklasse hinaus in einer Weise, die man sich 1918 noch gar nicht vorstellen konnte, erschüttert. Dieses Bewusstsein spiegelt den tatsächlichen objektiven Verlauf wieder. Denn bei den Wirkungen der Krise darf man nicht nur an das Elend der Arbeitslosen, an die Angst der Beschäftigten um die Erhaltung des Arbeitsplatzes, an die Furcht der Bauern und Mittelständler vor der Pauperisierung denken. Die Wirtschaftskrise hat in ihrem Verlauf gerade die Positionen der bisher mächtigsten und einflussreichsten Schichten unterhöhlt, sie mit der Deklassierung bedroht.

Dieser Prozess vollzog sich und vollzieht sich in der ganzen kapitalistischen Welt. In Deutschland ist er am weitesten vorgeschritten. Der Grossgrundbesitz bankerott, künstlich aufrecht erhalten, durch politische, durch wirtschaftlich ungerechtfertigte, nur politisch unklärbare, verlorene Zuschüsse des Staates, die das nationalsozialistische Regime immer noch vermehrt. Nicht nur die Einstellung dieser Zuschüsse, sondern die sofortige entschädigungslose Enteignung des Grossgrundbesitzes ist heute für das Massenbewusstsein eine selbstverständliche Forderung. Und diese Forderung der Austilgung des Grosseigentums an Grund und Boden drängt sich um so mehr auf, als ohnedies die deutsche Landwirtschaft im Laufe der Krise zu einem immer mehr staatlich geleiteten Wirtschaftszweig geworden ist.

Die Grundlagen einer organisierten Landwirtschaft sind zu einem wesentlichen Teil geschaffen nicht nur in Deutschland, in dem grössten Teil der Welt wird die Agrarwirtschaft weitgehend vom Staate dirigiert. Preise, Absatz, aber auch Produktionsumfang und Anbauart, direkt oder indirekt, geregelt. Gerade das Gebiet des bäuerlichen Eigentumsfanatismus und Individualismus wird in den dieser Sphäre angemessenen Formen gesellschaftlicher Einflussnahme unterworfen.

Völlig erschüttert hat die Bankenkrise die Stellung des privaten Bankkapitals und wieder nicht nur in Deutschlnd. In Deutschland wäre heute die vielberufene Sozialisierung der Banken kein Problem, denn der grösste Teil des Kreditwesens ist ja verstaatlicht. Nur um die Vervollständigung des noch Fehlenden und um die Benutzung der ungeheuren Wirtschaftsmacht, die die Verfügung über das Kreditsystem bedeutet, zur Lenkung der Wirtschaft kann es sich noch handeln.

Das gleiche gilt für die Montanindustrie. Bis zur nationalsozialistischen Herrschaft hatte durch den Besitz von Gelsenkirchen und durch den Anteil an den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken das Reich schon die Verfügungsmacht über einen wesentlichen Teil der Schwerindustrie. Hitler hat den Reichsanteil zwar dem Thyssen wieder ausge-

liefert. Aber wer zweifelt daran, dass eine der ersten wieder ganz selbstverständlichen Verfügungen der sozialistischen Regierung die sofortige Expropriation des Thyssen und seiner Kumpane wäre, die Wiederherstellung des Reichseigentums und seiner notwendigen Vervollständigung.

Was aber entscheidend ist, ist, dass mit diesem objektiven Prozess der wirtschaftlichen Erschütterung des Kapitalismus sich zugleich der psychologische seiner völligen Diskreditierung im Bewusstsein der Massen vollzogen hat. Die kapitalistischen Eigentumsgesetze, einst stark und unzerreissbar wie Drahttaue, sind heute dünne Zwirnfäden geworden. In einem grossen Teile der kapitalistischen Welt — wieder in grösstem Umfange in Deutschland — hat der Staat radikal in die Gläubiger- und Schuldnerverhältnisse eingegriffen und hat die Gläubiger zum Teil entschädigungslos expropiert.

Die Enteignung hört auf, etwas Ungewöhnliches zu sein, das kapitalistische Ausbeutungseigentum erscheint heute — man darf es ohne grosse Uebertreibung sagen — dem Bewusstsein immer breiterer Massen als vogelfrei und der Staat zu den weitestgehenden Eingriffen berechtigt.

Ein ungeheuer bezeichnendes Beispiel. Präsident Roosevelt unterbreitet dem Kongress ein merkwürdiges Gesetz, das kaum auf Widerspruch stossen wird. Es ermächtigt den Präsidenten, das Gold des amerikanischen Notenbanksystems zugunsten **des Schatzamtes einzuziehen! Es handelt sich um** die Kleinigkeit von 3,6 Milliarden Golddollar (fast 30 Milliarden Schilling Gold), die bisher als Eigentum der Notenbanken galten. Ein Federstrich — sie sind Staatseigentum. Der Grund der Massnahme — durch die Entwertung des Dollar ergibt sich in Papierdollar ein rein nomineller Buchgewinn, den Roosevelt zur Verringerung des Defizits im Budget irgendwie heranziehen will — interessiert uns hier weniger als die Widerstandslosigkeit, mit der sich der Zugriff auf das kapitalistische Allerheiligste, auf den Goldbesitz, vollzieht! Welche Demütigung des einst so stolzen kapitalistischen Selbstbewusstseins.

An dieser, notwendigerweise sehr summarischen Schilderung ergibt sich aber doch schon die politisch-subjektive Einstellung der Massen, sondern auch die objektiven Grundlagen des kapitalistischen Systems haben sich seit 1914 grundsätzlich geändert. 1918 kehrt nicht wieder, die Geschichte wiederholt sich nicht. Die Wirtschaftsrevolution prägt der Zeit den Stempel auf.

Lubbes Sterbestunde

Das „Prager Montagsblatt" meldet aus Den Haag: „Hier eingelaufene neue Meldungen lassen das traurige Schauspiel der Hinrichtung des angeblichen Reichstagsbrandstifters van der Lubbe doch wesentlich anders erscheinen, als die deutsche amtliche Meldung zugibt. Darnach ist der halbirre van der Lubbe vor der Hinrichtung ohne jedes Gift gewesen, das ihn während des ganzen Prozesses in einer Art Dämmerzustand hielt. Als er auf den Hof geführt wurde, tobte und schrie er und musste Schritt für Schritt zum Schafott geschleppt werden. Noch in letzter Minute gelang es ihm, einen Augenblick sich von den vier Wärtern, die ihn zum Fallbeil zerrten, loszumachen. Er schlug dabei einem der Wärter einen Zahn aus. Während der ganzen Zeit brüllte er laut und beschuldigte, wie es in der Meldung heisst, „mehrere sehr hochstehende Personen der derzeitigen deutschen Regierung" in schärfster Form."

Braunhemd ersetzt Gott

In einer Nazikundgebung bei Hannover, kam der aussenpolitische Leiter der Nazis, Alfred Rosenberg, auch auf die Weltanschauung zu sprechen und setzte sich mit der Kritik des Bischofs Faulhaber auseinander. Als er die Anwesenden fragte, ob man sich diese Art Kritik gefallen lassen solle, erscholl ein lebhaftes Nein. Im Verlauf seiner Ausführungen betonte dann Rosenberg, dass jede Religion dann aufhört, wenn jemand das Braunhemd anhat, dann verschwinden Protestant und Katholik, man ist nur noch Deutscher. Das Braunhemd wird also im Dritten Reich Gott gleich gesetzt.

Grabschändung — Nazikultur!

Wie das „Pariser Tageblatt" aus Breslau erfährt, sind dort die Gräber des, im Mai vorigen Jahres im Konzenntrationslager vom Fememörder und jetzigen Polizeipräsidenten Heines zur Strecke gebrachten, Rechtsanwalts Dr. Eckstein, des Führers der sozialistischen Arbeiterpartei, und seiner, schon vor einigen Jahren verstorbenen Frau, der sozialdemokratischen Stadtverordneten Klara Alis Eckstein, in geradezu vandalischer Weise von den Nationalsozialisten verwüstet worden.

Wilhelm unbeliebt

Göbbels hat durch sein Ministerium anordnen lassen dass die deutsche Presse zum 75. Geburtstag des Exkaisers Wilhelm keinerlei Artikel zu veröffentlichen habe. Wilhelm auf Dorn hat sich durch die aufkommende monarchistische Bewegung im Reich den Zorn der Naziführer zugezogen, und darum soll er totgeschwiegen werden.

Rechtsopposition gegen den Nazikurs

„Volkskaiserliche" bereiten den Sturz Hitlers vor. — Mittelstand und Arbeiter sollen helfen. Schleicher wieder im Hintergrund?

Wie wir erfahren, kristallisiert sich jetzt bereits ernsthaft eine Rechtsopposition monarchistischen Charakters heraus, die sich als **„Volkskaiserliche"** bezeichnen. Sie stützen sich auf die letzten Reste der bürgerlichen Rechtsparteien, die Opposition in der Reichswehr und Beamtenschaft, bestimmte Unternehmergruppen, und haben natürlich ihre Verbindungen auch zum Hindenburgkreis und den Agrariern. Natürlich denken sie nicht an aussichtslose Putsche, sondern sie wollen warten, bis sie den Mittelstand und sogar Teile der Arbeiterschaft gewonnen haben. Ihre Opposition gründet sich darauf, dass sie 1. entsetzt sind über diejenigen Elemente, die teilweise durch die Bewegung nach oben geschwemmt wurden und jetzt in der Verwaltung sitzen, 2. dass sie als Frucht dieses totalen Faschismus den Bolschewismus für unausbleiblich halten. Sie rechnen damit, dass die gleiche Verzweiflung, die den Faschismus hochbrachte, ihn auch wieder stürzen könne, und zweifeln an der Fähigkeit des Nationalsozialismus, wirtschaftlich etwas zu ändern. Das Programm ist so, dass man auch Schleicher erneut im Hintergrunde vermuten könnte. Man will nicht auf den Bajonetten der Reichswehr sitzen, man will möglichst weitgehend die antifaschistischen Kräfte und die heutige Opposition gewinnen und denkt dabei an Amnestie, Beseitigung von Schutzhaft und Konzentrationslager, **Wiederzulassung der Gewerkschaften und Parteien sowie Rückgabe von deren Vermögen,** nicht dagegen an Koalitions- und Pressefreiheit sowie Wiederherstellung des Parlamentarismus, sondern an Ständesystem. Dabei wird von Staatskapitalismus, Planwirtschaft zur Vermeidung des Bolschewismus und von Entscheidung des Staates bei Wirtschaftskämpfen gesprochen.

Es ist aus den Mitteilungen nicht ersichtlich, an welche Aussenpolitik (Stellung zum Rüstungsproblem, Stellung zu Frankreich, zu Oesterreich und zur USSR.) gedacht ist. Auch wird nicht gesagt, wer der vorgesehene Thronprätendent ist, doch dürfte es sich um den **Sohn des Kronprinzen** handeln. Fraglos sympathisieren auch bestimmte kirchliche oppositionelle Gruppen, die sich bereits ein **antifaschistisches Aussehen** geben, mit dieser Bewegung, was auch die Schärfe des Vorgehens seitens der Regierung erklärt. Es würde sich also die Groteske ergeben, dass dieselben Kräfte, die Hitler zur Macht verhalfen, an seinem Sturze arbeiten. Denn die jahrelange Arbeit der Deutschnationalen, die schliesslich in der Kölner Zusammenkunft Hitlers mit Papen und den Vertretern Hugenbergs Ende Januar 1933 gipfelte, hat doch dem Nationalsozialismus den Weg geebnet.

Marxistische Abreibung für dänische Nazis

Getreu ihrem deutschen Ebenbild, versuchten dänische Nazis, die Arbeiterschaft in Köge zu provozieren, als der Rittmeister Lembka die Bevölkerung mit dem dänischen Faschismus bekannt machen wollte. Jungsozialisten und Kommunisten drangen in den überfüllten Saal, rissen die Hakenkreuzfahnen herunter und vertrieben die Nazis, auch der „Führer" erhielt eine gehörige Abreibung, dass ihm die Lust wohl vergehen wird, in Hinkunft Nazipropaganda zu treiben. Bevor Polizei eingreifen konnte, wurden die dänischen Nazis von der dortigen Arbeiterschaft nach allen Windrichtungen vertrieben.

Die Sozialisten — die stärkste Partei Spaniens

Die Auswirkung des Wahlsystems. — 2 400000 Stimmen und nur 60. statt 142 Mandate.

Obwohl eine offizielle Statistik über die letzten spanischen Wahlen noch nicht erschienen ist, ist das sozialistische Parteisekretariat in der Lage, eine annähernd vollständige Zusammenstellung der abgegebenen Wählerstimmen zu veröffentlichen. Diese Stimmenzahlen geben ein wesentlich anderes Bild als die Zahlen der, den einzelnen Parteien zugefallenen, Mandate.

Die Koalition der Mitte und der Rechten, die sieben Parteien umfasst, erhielt 3 385 000 Stimmen, zu denen noch 70 000 Stimmen kommen, die die Radikalen in einigen Wahlkreisen, in denen sie allein kandidierten, bekamen. Das ist zusammen ungefähr die Hälfte der abgegebenen Stimmen. Aber von den 473 Cortessitzen erhielten diese Parteien 335, also 42 Prozent mehr, als dem Stimmverhältnis entsprechen würde.

Die Sozialisten erhielten in den Wahlkreisen, in denen sie allein kandidierten, 1 722 000 Stimmen, zu denen noch 700 000 Stimmen kommen, die in Katalonien, wo sie mit anderen Linksparteien koaliert sind, auf sie entfielen. Sie sind demnach mit 2 400 000 Stimmen die stärkste Partei Spaniens und würden, ohne die Tücken des Wahlrechts, im Parlament 142 Sitze haben müssen, also um dreiviertel mehr, als sie tatsächlich erlangt haben.

Diese Zahlen zeigen mit aller Deutlichkeit, welche Bewandtnis es mit dem Rechtssieg in Spanien hat, der jetzt zu einem reaktionären Kurs angewendet werden soll, während er auf keinen Fall nach der Volksmeinung darauf Anspruch erheben darf. Wenn also die Sozialisten dieses Wahlergebnis in der Opposition korrigieren, so liegt die moralische Berechtigung in der Tatsache, dass sie sich hierbei auf die Stimmung in den breiten Massen berufen dürfen.

DIE ZWANGSJACKE

JACK LONDON

46

„Ja, das ist Lee", fuhr Laban fort. „Ich habe ihn in Salt City gesehen. Er ist ein Satan. Neunzehn Frauen und fünfzig Kinder hat er, sagt man. Und mit seiner Religion ist er ganz durchdreht. Ich möchte wissen, warum er uns in diesem gottverlassenen Land folgt?"

Unsere traurige, unheilverkündende Wanderung ging weiter. Die kleinen Ansiedlungen, wo wir Wasser und Hilfe finden konnten, lagen zwanzig bis fünfzig Meilen auseinander. Dazwischen erstreckte sich die nackte, trockene, kahle Wüste. Und überall versuchten wir vergebens, Proviant zu kaufen. Sie verweigerten ihn uns mit Drohungen und fragten, wer von uns wohl etwas verkauft hätte, als wir sie aus Missouri verjagten. Es war ganz zwecklos, ihnen zu erzählen, dass wir gar nicht aus Missouri, sondern aus Arkansas kamen. Sie glaubten uns nicht!

Bei Beaver, fünf Tagereisen südlich von Fillmore, sahen wir Lee wieder. Und wieder standen schaumbedeckte Pferde vor den Häusern angebunden. Aber in Parowann sahen wir Lee nicht.

Die nächste Ansiedlung war Cedar City. Laban, der vorausgeritten war, kam zurück und stattete meinem Vater Bericht ab. Die Neuigkeiten, die er brachte, waren bezeichnend.

„Jetzt habe ich diesen Lee wiedergesehen, er jagte zur Stadt hinaus, als ich gerade hineinritt, und ich habe in Cedar City mehr Männer und Pferde gesehen, als zu der Grösse der Stadt stimmen."

Man belästigte uns indessen nicht in der Stadt. Natürlich weigerte man sich, uns etwas zu verkaufen, im übrigen kümmerte man sich nicht um uns. Frauen und Kinder blieben in den Häusern, und die Männer kamen nicht wie früher in unser Lager, um uns zu verspotten.

In Cedar City starb Wainrights kleines Kind. Ich weiss noch, wie Frau Wainrights weinte und Laban bat, doch zu versuchen, ihr ein bisschen Kuhmilch zu verschaffen. „Das rettet vielleicht ihr Leben", sagte sie, „und sie haben hier ja Kuhmilch. Ich habe selbst die Kühe weiden sehen, gehen Sie hin, Laban, ein Versuch kann doch nichts schaden. Die Leute können doch nicht mehr als nein sagen. Sagen Sie, dass es ein ganz kleines Kind ist. Mormonenfrauen sind doch auch Mütter. Sie können einem kleinen Kind nicht ein Schälchen Milch verweigern."

Und Laban versuchte es. Aber wie er meinem Vater nachher erzählte, kam er gar nicht dazu, mit den Mormonenfrauen zu sprechen. Die Männer jagten ihn fort.

Es war die letzte Mormonenkolonie. Dahinter lag die Wüste — und weit dahinter das Märchenland — unser gelobtes Land Kalifornien.

Als unsere Wagen in früher Morgenstunde zur Stadt hinausrollten, sah ich, wie Laban seinen zurückgepressten Gefühlen Luft machte. Wir waren wohl eine Viertelstunde weit gefahren und kamen gerade über einen niedrigen Hügelkamm, hinter dem Cedar City sich vor unseren Augen verbarg, als Laban sein Pferd wandte, halt machte und sich in den Steigbügeln aufrichtete. An der Stelle, wo er hielt, befand sich ein frisches Grab — und darin lag Wainrights Kind. Ach, es war nicht das erste Grab, seit wir über die Wasatchberge zogen.

Laban sah merkwürdig aus. Alt und mager, mit hohlen Wangen, mit ungekämmtem, von der Sonne gebleichten Haar, das ihm bis auf die Schultern herabfiel und mit einem Gesicht, das von Hass und ohnmächtiger Wut verzerrt war. In der Hand, die die Zügel führte, hielt er eine lange Büchse, mit der anderen drohte er Cedar City. „Gott sende seinen Fluch auf euch herab!" rief er, „und euren Kindern und Kindeskindern möge die Dürre ihre Ernte versengen! Mögt ihr gezwungen werden, Sand zu fressen, der mit Schlangengift gewürzt ist. Möge sich das süsse Wasser in eurer Quelle in bitteres Salz verwandeln! Möge ..."

Mehr hörten wir nicht, denn der Wagen rollte weiter, aber er war noch nicht fertig. Und ich sah mich immer wieder nach ihm um, wie er, dicht beim Grabe des Kindes, in den Steigbügeln stand. Wahrlich, er war merkwürdig anzusehen, seine langen Haare, seine Mokassins, seine gefransten Hosen. Ich erinnere mich, dass an seinem Gürtel einige schmutzige Haarbüschel hingen, die nach jedem Regenschauer blank und schwarz wurden. Ich wusste, dass es Indianerskalps waren, und es war meine Lust, sie anzusehen. „Das wird ihm gut tun", sagte mein Vater eher zu sich selber als zu mir. Ich dachte mir schon, dass er sich Luft machen musste.

„Wenn er nur zurückreiten und sich ein paar Skalps holen könnte", meinte ich.

(Fortsetzung folgt).

Geschlossen und kampfbereit

Schöner Verlauf der Bezirkskonferenz. — Trotz aller Schwierigkeiten vorwärts. — Ohne Sozialismus keine Befreiung der Arbeiterklasse.

Unsere Parteikonferenzen sind das Spiegelbild der Entwicklung der sozialistischen Idee auf unserem heiss umstrittenen Boden. Dort, wo fast monatlich irgend eine neue Organisation auftritt, die sich als Retterin aus Not und Elend ausgibt, sind Konferenzen alter Organisationen immer ein Prüfstein, was von der Idee geblieben ist. Und die sozialistische Bewegung hatte im Verlauf des letzten Jahres manche harte Prüfung zu überstehen, die an ihrem Bestand pochte und sie mit Zersetzung bedachte. Wenn wir am Sonntag nach Monaten die Reihen aus den verschiedensten Winkeln Oberschlesiens musterten, so bewährte sich der alte Leitgedanke, dass die Schlacken abfallen, aber der gesunde Kern bleibt, der allen Anstürmen zum Trotz sein Dasein bestätigt. Gewiss, die finanzielle Lage der breiten Massen liess eine so umfangreiche Beschickung nicht zu, wie wir es sonst von unseren Ortsvereinen gewohnt waren, aber ob aus dem Tarnowitzer oder Rybniker oder Plesser Gebiet, man entsandte die Vertreter und diesmal solche, die nicht nur zuhörten und Eindrücke sammelten, sondern auch solche, die aus den Ereignissen in Deutschland gelernt haben und denen der Ruf nach „Neu beginnen“ nicht nur ein Schlagwort, sondern eine Kampfparole für die Zukunft sein soll.

Kurz vor 10 Uhr eröffnete Genosse **Kowoll** die Konferenz und begrüsste die anwesenden Delegierten und Gäste, indem er darauf hinwies, dass der lichkeit der Zeit Ausdruck verleiht, in der wir uns zu neuer Arbeit sammeln. Diejenigen, die in den ersten Tagen des Zusammenbruchs der deutschen Arbeiterbewegung den Mut sinken lassen, haben nun Gelegenheit, sich zu überzeugen, dass **der alte Geist der Bebel und Liebknecht lebt, dass die sozialistische Schulung von Jahrzehnten nicht vergeblich war. Die Konjunkturritter sind davon gelaufen, geblieben ist der alte Kern der Partei, und zu ihm gesellte sich eine kampfentschlossene Jugend,** die das Werk der Alten vollenden wird. In diesem Sinne begrüsste er die Anwesenden und wünschte, dass alle Fragen ihre Erledigung finden, die im Laufe der Zeit an die Parteileitung gestellt worden sind. Die Tagesordnung ist gutgeheissen worden, worauf die Konferenzleitung und Mandatsprüfungskommission gewählt wurden.

Im **Geschäftsbericht** betont Genosse Kowoll, dass sich die Wirtschaftskrise in erster Linie in den Einnahmen der Partei geltend macht, die zum ersten Male ein Defizit aufweist, wenn dieses auch aus den Einnahmen des ersten Quartals gedeckt ist. Gerade diese finanzielle Seite ist es, die in den Landortschaften die Versammlungstätigkeit hemmt. Trotzdem sind die Ortsvereine mit drei Ausnahmen aufrechterhalten worden, wenn auch eine Reihe von Ortsgruppen fast ausschliesslich nur noch aus Arbeitslosen besteht. An Mitgliederversammlungen sind im Berichtsjahr 125 abgehalten worden, ferner je eine Konferenz in Tarnowitz und Rybnik, auch bei den Mitgliederversammlungen mussten oft Ortsgruppen aus der Umgegend zusammengefasst werden, weil es nicht mehr möglich ist, für die deutschen Sozialisten Versammlungsräume zu erhalten. Der Mitgliederbestand ist zurückgegangen, der aber überwiegend auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist, da, wie gesagt, ganze Ortsvereine aus Arbeitslosen bestehen, die oft, weil sie sich zum Deutschtum bekennen, keinerlei Unterstützungen beziehen, auch von der Arbeitszuteilung ausgeschlossen sind. Wenn trotzdem auf allen Gebieten der alte Stand erhalten werden konnte, so haben wir keine Ursache, zu klagen, wenn wir uns auch klar sind, dass die Rückwirkungen aus dem Reich noch immer keine Stimmung erzeugen, um wieder an die Werbearbeit erfolgreich heranzutreten. In dieser Hinsicht ist die Presse das beste Barometer, noch immer glauben einige, nicht sattelfeste Anhänger, dass Hitler eines Tages doch kommen wird und aus Vorsicht es besser ist, sich nicht zum Marxismus zu bekennen. Die Taktik der Gewerkschaften hat nicht wenig dazu beigetragen, dass der Glaube an den Sieg der Arbeiterklasse in den Massen geschwunden ist, er hat sich jetzt gerade bei den Gewerkschaften katastrophal ausgewirkt. Unser Rückhalt waren die Gewerkschaften und die Kulturvereine, die letzteren sind unter der Wirtschaftskrise aus finanziellen Gründen brach gelegt und das wirkt auch hemmend auf unsere Bildungsorganisation, den Bund für Arbeiterbildung, der mit wenigen Ausnahmen seine Tätigkeit sehr eng begrenzen muss. Da von einer Diskussion zu diesem Punkt unmittelbar abgesehen wird, ergreift Genosse Kowoll das Wort, um über

die Aufgaben der Arbeiterklasse

zu referieren. Referent führt aus, dass es selbstverständlich ist, dass eine so gewaltige Niederlage, wie sie die Arbeiterschaft in Deutschland erlitten hat, nicht ohne Folgen auf die internationale sozialistische Bewegung bleiben wird. Demgegenüber können die Erfolge, in der Zwischenzeit in Norwegen, Schweiz und England gewonnen, nur ein bescheidener Ersatz sein. Der Glaube an den Sozialismus wird erst wieder in seiner ganzen Grösse auferstehen, wenn im Reich wieder die sozialistische Bewegung Aktionsfreiheit erlangt. Wir geben uns keinerlei Illusionen hin, dass dieser Zeitpunkt unmittelbar bevorsteht, aber alle Anzeichen deuten daraufhin, dass zwar breite Massen sich mit dem System abgefunden haben und des Kampfes müde geworden sind, dass aber **aus der Jugend revolutionäre Kadres entstehen,** die sich sammeln und die illegale Arbeit fortsetzen. Es ist ja selbst nach den Berichten der Göringschen Tscheka kein Geheimnis, dass die illegale Literatur, Broschüren und Flugblätter zu Millionen allwöchentlich verbreitet werden, über die nichts in die Oeffentlichkeit kommt. Trotzdem muss die Revolte gegen das Hitlerregime aus seinen eigenen Reihen kommen, und der Gärungsprozess hat bereits begonnen. Fassen wir uns kurz, so ist es klar, dass der Ansporn, ohne die eigenen Aufgaben zu übersehen, aus dem Reich kommen muss. Der „deutsche Sozialismus“ der Göbbels-Hitler, hat dem deutschen Arbeiter gezeigt, dass er nicht nur entrechtet, sondern ins Mittelalter zurückverfrachtet werden soll. Und trotzdem finden sich auch in Oberschlesien begeisterte Anhänger, die da glauben, dass der „deutsche Sozialismus“ im Anmarsch ist. Welches Gesicht er annimmt, das zeigt uns die gleichgeschaltete Minderheitspresse, wo die Hitlers Tintenkulis darum wetteifern, um dem polnischen Staat und unseren Behörden, die Mitarbeiterschaft anzubieten, ihre Loyalität zu bekunden. Unter sich tobt im deutschen Lager **der Kampf um die deutsche Volksgemeinschaft** und wer denkt sich so ein Bild, die Dr. Krull und Ulitz als „Sozialisten“. Man kann es durchaus von den Jungdeutschen verstehen, wenn sie solch wandlungsfähige Kreaturen, die jedem deutschen System mit gewohnter „Treue“ gedient haben, zum Teufel jagen und Geschichten auftischen, dass es für alle eine Freude ist, zu sehen, was es für Zeitgenossen sind, die uns auf polnischem Boden die „Hitlersche Volksgemeinschaft“ beibringen wollen. Es ist nicht unsere Aufgabe, in diese Kämpfe hineinzuleuchten, aber wie rasch diese „deutsche Bewegung“ nach Brot und Arbeit samt den „Volksheimen“ entstanden ist, so rasch geht sie wieder zubruche und gerade Alt- und Jungdeutsche bieten uns ein „Charektebild“ deutscher Volksgemeinschaft, die zuweilen für die Führer mit Ohrfeigenmusik begleitet wird.

Wir haben mehr, als einmal, unser Deutschtum betont, wir brauchen es nicht zu retten, es ist uns nie verloren gegangen, wir brauchen nicht nach einer Volksgemeinschaft zu suchen, weil wir sie als deutsche Sozialisten als eine Selbstverständlichkeit betrachtet haben und unsere Kulturorganisationen sind der beste Beweis dafür, wie wir Volkstum und deutsches Wesen fördern und unterbauen, ohne in einen wildgewordenen Nationalismus als politische Konjunkturerscheinung zu verfallen. Und diesen Weg wollen wir weiter gehen und, wie vor Jahrzehnt bei der Trennung betont, die politische Gleichberechtigung durch Zusammenarbeit mit unseren polnischen Genossen verankern und erhalten.

Freilich haben die Ereignisse in Deutschland gezeigt, dass es weniger darauf ankommt, mächtige Organisationenn zu haben, als darauf, sie auch **kampfbereit** zu gestalten, jederzeit die Arbeit, ob legal oder illegal, gleichviel, unter welchen Umständen, fortsetzen zu können. Eine SPD in der alten Form wird es nicht mehr geben, neue Organisationsformen und neue Aufgaben stehen bevor, auch wir müssen uns in dieser Hinsicht umstellen. **Demokratie mag eine gute Sache sein, wenn man die Mehrheit hat, man mag sie auch als Ideal betrachten, in der heutigen Zeit ist Revolutionierung der Gemüter und Festigung der sozialistischen Ueberzeugung die Hauptaufgabe.** Uns stehen hierzu nicht die Möglichkeiten öffentlicher Versammlungen zur Verfügung, andererseits sind Not und Elend so ständiger Gast in den Arbeiterfamilien, dass auch die beste Presse wenig ausrichten kann, wenn die Bezieher nicht mehr in der Lage sind, sich ein Abonnement leisten zu können. Hier scheint es, lieber weniger, aber gründlicher die Aufklärung zu besorgen. Broschüre und Flugblatt, vor allem aber häufiger Zusammenkünfte in engerem Rahmen, müssen die Aufklärungsarbeit besorgen, die Voraussetzung des Erfolges sind. Es ist doch kein Geheimnis, dass der Feldzug zur Vernichtunng des Marxismus, Modesache geworden ist und jeder Esel drin Erspriessliches leisten will, wie unsere bürgerliche Presse beweist. **Neu beginnen,** heisst, sich mit den Grundsätzen des Marxismus vertraut zu machen, die heutigen Wirtschaftserscheinungen auf Grund dieser marxistischen Lehre zu überprüfen und am sozialistischen Aufbau in Russland den Masstab zu sehen, wieweit Sozialismus in unserem Land möglich ist, wie ja auch vielfach behauptet wird, das der polnische Etatismus diesen Weg der Planwirtschaft gehen will. Auf der ganzen Linie sehen wir zunächst, dass man eine Verfassungsreform plant, die das Führerprinzip verwirklicht und die breiten Massen von der Selbstbestimmung am Staatsleben ausschliesst. Das sind mit die Rückwirkungen der Ereignisse in Deutschland. Hier gilt es, einzugreifen und der Arbeiterklasse am deutschen Beispiel zu zeigen, was sie zu verlieren hat. In Deutschland hat der Hitler-Sozialismus kulturell in die Barbarei und zur Entrechtung der Arbeiterklasse geführt, man darf sich nicht wundern, wenn er im Ausland bei den kapitalistischen Söldnern willige Anhänger und Nachahmer findet. **Wir wollen den Marxismus, die sozialistische Gesellschaftsordnung und neu beginnen, soll uns Ansporn im Kampf um die Eroberung der Massen sein.** Nicht durch nationalistische Phrasen, sondern durch sozialistische Schulung.

In der darauffolgenden Diskussion, an welcher sich 18 Genossen und Genossinnen beteiligten, wurden sowohl der Geschäftsbericht, als auch das Referat einer eingehenden Ueberprüfung unterzogen. Besonders die gewerkschaftliche Taktik wurde eine Kritik gewahr, wie sie so mancher nicht erwartet hat und vor allem, **jeder Versuch der Gleichschaltung, wie sie einigen Kollegen vorschwebt, entschieden abgelehnt.** Was den Bund für Arbeiterbildung betrifft, so wird seine Aktivierung im grösseren Masse angestrebt und die dazu erforderlichen Schritte unternommen. Die Verhältnisse im Reich werden als eine Katastrophe hingestellt, die letzten Endes auf die überschlaue Gewerkschaftspolitik zurückgeführt werden muss, die hinter dem Rücken der SPD zugleich mit den kommenden Diktatoren, wie Schleicher, anzubandeln versuchte, bis das ganze Scheingebäude zusammenbrach. Aber auch bei uns leidet die sozialistische Idee erst einmal an der Zersplitterung, dann aber auch an der Führung, die sich nicht einmal zu einer allgemeinen sozialistischen Konferenz aufraffen konnte. Nach wie vor ist man der Ansicht, dass Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften eines werden müssen, dass sie auf dem Boden des Klassenkampfes ihre Tätigkeit ausüben und die Bonzen, die die Arbeiterbewegung nur als Futterkrippe und nicht als eine Kampfbasis für die Arbeiterklasse betrachten, müssen, wenn notwendig, auch mit dem notwendigen Druck beseitigt werden. Freilich trägt die jetzige Minderheitenpolitik der Behörden, die Entfernung deutscher Arbeiter aus ihrer langjährigen Wirkungsstätte, nicht dazu bei, um die Behauptung aufzustellen, dass wir gleichberechtigte Bürger sind. Im Gegenteil, wir **merken** den Unterschied von Stunde zu Stunde. Dass es so ist, daran trägt in erster Linie der Nationalismus und weiter die Zersplitterung der Arbeiterbewegung die Schuld. Unsere Presse ist bescheiden geworden, aber wir müssen froh sein, dass wir sie in Hinkunft wenigstens als Wochenblatt erscheinen lassen können, besser jedenfalls, als dass wir uns Hitlergift gratis aus tausend Kanälen eintröpfeln lassen, wie es jetzt durch die Volksgemeinschaft und ihre Presse geschieht. **Der Weg zum Sieg kann nur eine Revolutionierung der Arbeiterklasse sein.** Die Parteileitung habe freie Hand, diesen Weg zu gehen und sie wird, soweit dies in der Macht der Konferenzteilnehmer und der Mitgliedschaften steht, ihre Unterstützung finden.

Genosse Kowoll ging im Schlusswort auf verschiedene Einwände ein, da aber Diskussionsredner und Referent im Ausklang das gleiche Ziel wollen, so referierte er über einige Anträge der Parteileitung, die auch angenommen wurden. Der Bezirksvorstand wird um drei Personen vermindert, **der bisherige Vorstand ist mit einigen Ersatzmitgliedern wiedergewählt worden,** eine Reihe von Anträgen sind der neuen Parteileitung zur Erledigung überwiesen.

Nach fünfstündiger Dauer stellte der Vorsitzende fest, dass der Geist der Konferenz der beste Beweis für eine erspriessliche Arbeit für die Zukunft sei. Er dankte den Anwesenden, die Zeit und Mühe nicht gescheut haben, um zu beweisen, dass sie der DSAP ihre alte Treue wahren wollen. Die Jugend sah, dass hier ein neuer Geist lebt, an dem sie Anteil hat und wenn wir, über die Diskussion hinaus, Worte in Taten umsetzen, dann wird auch der kleine Rückschlag überwunden. Er schloss seinen Dank mit Freundschaftsrufen, während ein donnerndes „Freiheit“ entgegenscholl, worauf mit dem Absingen der Internationale die sehr ruhig und schön verlaufene Konferenz ihren Abschluss fand.

Sollte Dr. Pant verhaftet werden?

Die Wiener „Reichspost“, das Blatt des Bundeskanzlers Dollfuss und nach ihr die katholische Nachrichtenagentur in Polen, wollen aus zuverlässiger Quelle wissen, dass der Führer der deutschen Katholiken in Polen, vor kurzem in Gleiwitz verhaftet werden sollte. Bekanntlich war vor einigen Tagen in Gleiwitz Vizekanzler von Papen, um die Katholiken für das Hitlerregime, welches fast tagtäglich einige Geistliche ins Gefängnis oder Konzentrationslager wirft, zu begeistern. Nach dieser Kundgebung in Gleiwitz, fand auch ein Bankett statt, zu welchem neben namhaften Persönlichkeiten, auch Dr. Pant eingeladen gewesen sein soll.

Noch bevor das Bankett stieg, erschien im Haus Oberschlesien unter Führung des Polizeipräsidenten Ramshorn eine Sturmabteilung SA-Nazis und erkundigten sich eifrig nach Dr. Pant. Erst als ihnen mitgeteilt wurde, dass dieser garnicht in Gleiwitz weilt, also von der „freundlichen“ Einladung Papens keinen Gebrauch gemacht hat, zog die Sturmabteilung „betrübten“ Herzens ab. Kurz und gut, besagte Nachrichtenquellen sind der Meinung, dass Dr. Pant in Gleiwitz von seinen deutschen „Freunden“ verhaftet werden sollte.

Nun versucht die „Kattowitzer Zeitung“ diese Nachricht als „fantastisch“ also „Greuelpropaganda“ hinzustellen, tut so, als ob so etwas im Dritten Reich, der Sehnsucht Dr. Kruls und Ulitz nicht möglich wäre. Man scheint so ganz vergessen zu haben, dass man ja bereits einen Redakteur aus Polnisch Oberschlesien Wochen lang in Haft hielt, weil er über die deutsche Minderheit „Greuelpropaganda“ betrieb. Der Chef der „Kattowitzer Zeitung“ wird wohl selbst wissen, wer sich so als Denunziant gegen unbeliebte deutsche Führer beteiligt, also sollte man in Sachen Dr. Pants, so fantastisch die Meldung auch klingt, nicht so naiv tun. Denn im Dritten Reich ist alles möglich, auch die Verhaftung Dr. Pants.

Arbeitgeber und Turnusurlauber

Die Frage der Turnusurlauber nimmt immer bedenklichere Formen an, nachdem durch die Verordnung der Wojewodschaft die Praxis eingegriffen hat dass Turnusurlauber Entlassungen gleichzusetzen sind. Nun haben von dieser Tatsache auch die Arbeitgeber Gebrauch gemacht und nehmen die Turnusurlauber nicht mehr an, weil sie als Entlassungen zu gelten haben. Warum man dann noch durch den Demobilmachungskommissar zweierlei Bezeichnungen anwendet, ist unverständlich. Es wird verfügt, dass so und so viele als Entlassungen zu gelten haben und andere auf Turnus gehen, faktisch gehen aber alle in Entlassung und es ist nur ein Betrug an der Arbeiterschaft, die man mit dem Turnus vertröstet, da ein Anrecht auf Wiedereinstellung nach den Bestimmungen der Wojewodschaft nicht besteht.

Die Sozialkommission hat nun an den Wojewoden eine Resolution, betreffend der Auslegung der Verordnug, gerichtet, es wäre wünschenswert, wenn sich nun der Wojewode selbst zu der ganzen Sachlage äussern würde und vor allem, dass der Praxis der Arbeitgeber das Handwerk gelegt wird. die Turnusurlauber nunmehr grundsätzlich als Entlassungen bezeichnen.

Betr. Lazarettbehandlung für Arbeitslose

In den nächsten Tagen werden zwischen der Oberschlesischen Knappschaft in Tarnowitz und der Wojewodschaft die Verhandlungen für den Abschluss eines neuen Vertrages über die Behandlung der Arbeitslosen in den Lazaretten der Knappschaft wieder aufgenommen. Nach dem alten Vertrag, der am 31. Dezember 1933 seine Gültigkeit verloren hat, erhielt die Knappschaft für diese Zwecke einen jährlichen Betrag von 700.000 Złoty. Diese Summe hat sich im vergangenen Jahr als zu klein erwiesen und die Knappschaft fordert daher jetzt eine entsprechende Erhöhung des Betrages.

Aus Gross-Kattowitz

Tätigkeitsbericht der Volks- und Milchküchen. — Hohe Strafen für Verstösse gegen das Tabakmonopol

Im Berichtsmonat Dezember v. Js. wurden durch die 27 städtischen Volksküchen in Kattowitz an die Arbeitslosen und Stadtarmen, zusammen 198.515 Mittagsportionen verausgabt. Die meisten Essen wurden in der Volksküche der Kleophasgrube und der Baildonhütte im Ortsteil Zalenze ausgegeben Weiterhin sind in der gleichen Zeit zusammen 105.790 Milchportionen verausgabt worden, und zwar an Privatpersonen 11.642, an Arbeitslose 72.603 und an Stadtarme 21.545 Flaschen. Die Unterhaltungskosten der drei städtischen Milchküchen betrugen 4.604.76 Złoty.

Das Staatliche **Tabaksmonopol** teilt mit, dass nachstehende Strafen für unbefugten Anbau von Rohtabak usw. vorgesehen sind: 1) Personen, die Rohtabak anbauen, ihn aber nicht ernten, zahlen für jeden Quadratmeter bebautes Feld 20 Złoty Geldstrafe, 2) Personen, die unberechtigt Rohtabak aufbewahren oder solchen besitzen, zahlen für jedes Kilogramm 200 Złoty Geldstrafe, 3) Personen, die ohne Berechtigung Tabakerzeugnisse herstellen, oder diesen Rohtabak weiterverkaufen, zahlen pro 1 Kilogramm 1.000 Złoty Geldstrafe und erhalten überdies noch ½ Jahr Arrest, 4) Personen, die Tabakwaren aus dem Ausland schmuggeln und diese Ware im Schleichhandel weiterverkaufen, zahlen pro 1 kg 2.750 Złoty, sowie 5) Personen, die zum Tabakverkauf ermächtigt sind, jedoch aus den Verpackungen eigenwillig Zigaretten bezw. Tabakwaren entnehmen, zahlen 3.000 Złoty Geldstrafe und erhalten ausserdem noch eine entsprechende Arreststrafe.

Aus Königshütte und Umgebung

Die Arbeitslage in der Königshütte- und Werkstättenverwaltung.

Mit der Wiederaufnahme der Beschäftigungsweise nach den mehrwöchentlichen Feiertagen hat sich der Auftragsbestand in den verschiedenen Betrieben der Königshütte gebessert. Fast alle Betriebe arbeiten in mehreren Schichten mit Ausnahme der **Kokerei**, die noch eingeschränkt mit 55 Kammern erzeugt. Das seit Monaten stillgelegte **Schnellwalzwerk** dürfte noch lange nicht in Betrieb gesetzt werden, weil hierzu die notwendigen Aufträge fehlen. Vorhandene Bestellungen für dieses Walzwerk werden zum grössten Teil in der Falvahütte aufgearbeitet, weil daselbst sich die Erzeugungskosten angeblich niedriger stellen, als in der Königshütte. Gut beschäftigt sind das **Martinwerk** und **Triowalzwerk** mit der Herstellung von ausländischen Eisenbahnschienen. Wie verlautet, wird der Eingang von weiteren tausend Tonnen Schienen aus dem Ausland erwartet. Nach dem bisherigen vorliegenden Auftragsbestand dürfte die gebesserte Arbeitslage an die drei Monate anhalten. Man hofft, dass in der Zwischenzeit andere Aufträge, besonders russische Bestellungen eingehen. Verhandlungen werden an massgebender Stelle gepflogen. Trotzdem wurden am 1. Januar an die 400 Mann turnusmässig beurlaubt und am 15. d. Mts. 500 Mann das Arbeitsverhältnis gekündigt.

Besonders schlecht steht es um die **Werkstättenbetriebe**, die fast gar keine oder nur sehr geringe Aufträge besitzen. Die **Waggonfabrik** ist an der Fertigstellung von vier breitspurigen Kleinbahnen beschäftigt. Da vorderhand keine Aufträge vorhanden sind, wurde diese Fabrik zur Stillegung beim Demo angemeldet. Die **Brückenbauanstalt** hat eine in Auftrag gegebene Brücke bereits fertiggestellt. Andere Aufträge sind nicht vorhanden. Wegen der Vergebung eines Auftrages von angeblich 2000 Tonnen eisernen Masten wird verhandelt. Ob aber bei der grossen Konkurrenz ausgerechnet die Brückenbauanstalt diesen Auftrag erhält, ist zweifelhaft. Ebenso so schlecht gestellt ist es um die Weichen- und Räderfabrik. Gar keine Aufträge hat das Presswerk. Gut dagegen steht die **Federnschmiede, die** mehrere tausend Federn herzustellen hat. Die Aussichten für die Betriebe der Werkstättenverwaltung sind schlecht. Ganz besonders schwer wird durch die geringe Beschäftigung die Arbeiterschaft betroffen, die nur einige Schichten im Monat verfährt und dadurch in grosse Notlage geraten ist. Hinzu kommt noch die allmonatliche Beurlaubung von 250 Mann, deren Zahl unter Umständen erhöht wird.

Unterstützungsauszahlungen. In Verbindung mit der Verordnung des Wohlfahrtsministeriums, wonach die kommenden Unterstützungsauszahlungen bis auf weiteres alle 14 Tage stattfinden, macht das Arbeitslosenamt bekannt, dass die nächste Auszahlung der Unterstützungen am **Montag, den 29. d. Mts.** von 8 bis 11 Uhr vormittags erfolgt.

Deutsches Theater. Am Donnerstag, den 25. Januar, 20 Uhr kommt als 7 Abonnementsvorstellung das Lustspiel „Das Konzert" von Hermann Bahr zur Aufführung. Die Theaterkasse ist von 10—12,30 und von 16,30 — 18,30 Uhr geöffnet. Tel. 150.

Aus Siemianowitz und Umgebung

Von unseren Arbeitersängern. Am vergangenen Sonntag wurde bei den freien Sängern die Hauptversammlung abgehalten, welche fasst vollzählig besucht war. Die Jahresberichte gaben Zeugnisse von einer intensiven und erfolgreichen Kulturarbeit. Im Kassenbericht spiegelte sich die gegenwärtige Wirtschaftslage deutlich wieder. Trotzdem ist die Hoffnung vorhanden, dass der Verein auch im neuen Geschäftsjahr tatkräftig weiterarbeiten kann an der Kultur- und Arbeiterbildung. Die Neuwahl des Vorstandes wurde zur Zufriedenheit der Mitglieder gelöst. Zum Schluss kamen noch etliche Anträge und Vereinsangelegenheiten zur Aussprache. Bekanntgegeben muss dabei besonders noch werden, dass das für den 1. Februar geplante grosse Maskenfest
Magistrat bis zum 28. Feber 1934 einzureichen.
aus technischen Gründen auf Sonnabend, den 10. Februar verlegt wird. Das Fest wird ganz grossartig aufgezogen und dürfte nach den getroffenen Vorbereitungen einzig in seiner Art dastehen. Wie bereits für den 1. Februar ausgestellten und versandten Einladungen behalten ihre Gültigkeit auch für den 10. Februar. Weitere Einladungen vermitteln die Vereinsmitglieder.

Wenn ein Arbeitsloser krank wird. Weil kein Geld im Hause war, musste der Arbeitslose Peter Kolessa, welcher einen Blutsturz erlitt, sein Leben lassen. Die Frau des Verstorbenen bemühte sich um die Hilfe verschiedener Aerzte, doch als sie dann doch 7 Złoty zusammengeborgt hatte und einen Arzt zum Besuch des Kranken bewegen konnte, war es bereits zu spät. Soviel Wert hat also das Leben eines Arbeitslosen.

Erschreckende Zunahme der Feierschichten auf Richterschächte. In der laufenden Woche sollen auf den Richterschächten vier Feierschichten eingelegt werden. Eigentlich etwas früh mit dem Nachlassen der Winterbestellung. Ob das nicht wieder mit einer Teufelei des Kapitalismus zusammenhängt?

Unfall auf der Maxgrube. Dem Häuer Vogel wurde unter Tage beim Legen der Windleitung der rechte Unterarm abgerissen.

Aus Bielitz, Biala und Umgebung

Zum Schutze der Arbeiterrechte

Eine Iniziative der Zentralkommission der Klassenverbände.

Im Zusammenhang mit einem Beschluss der Zentralkommission der Klassenverbände wurden alle in der Zentralkommission vereinigten Berufsverbände aufgefordert, in der Zeit von zwei Wochen mit Industriellen der verschiedenen Berufszweige Verhandlungen über die Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden, Urlaube und über Entschädigungen von Verlusten, die die Arbeiter durch die Leistungen für Krankheitsversicherung erleiden, aufzunehmen. Den Verbänden wird nahe gelegt zu fordern, dass die Löhne um soviel erhöht werden, wie die Arbeiter durch die höheren Zahlungen an die Krankenkassen verlieren.

Von der Sozialversicherung

Wer erhält ärztliche Hilfe nach den neuen Versicherungsvorschriften.

Auf Grund der neuen Versicherungsvorschriften wird ärztliche Hilfe nur der Frau, den Kindern und Enkelkindern des Versicherten erteilt, beziehungsweise, wenn die Frau versichert ist, ihrem erwerbsunfähigen Manne.

Die Familienmitglieder müssen jedoch mit dem Versicherten zusammen wohnen und durch ihn erhalten werden.

Die Kinder und Enkel der Versicherten können ärztliche Hilfe nur bis zum 16. Lebensjahre erhalten, im Falle der Arbeitsunfähigkeit oder wenn sie eine öffentliche Lehranstalt besuchen, jedoch bis zum 21. Lebensjahre. Die ärztliche Hilfe wird den Familienmitgliedern höchstens für die Dauer von 13 Wochen pro Kalenderjahr erteilt. Im Todesfalle eines Familienmitgliedes erhält der Versicherte eine Beerdigungshilfe, in der Höhe des anderthalbwöchentlichen Verdienstes.

Krediterteilung

Vom Bialaer Magistrat wird folgendes kundgemacht: Für das Jahr 1934 wurde für die Stadt Biala zum Bau von Kleinwohnungen ein Betrag von 50.000 Złoty beigestellt. Von diesem Betrag wird die Bank Gospodarstwa Krajowego auf Antrag des Komites für Städteausbau an die Petenten Anleihen gewähren.

Den Vorzug werden jene Gesuchsteller geniessen, welche zu den Gesamtkosten des Baues den niedrigsten Kredit benötigen werden. Die maximale Höhe eines Darlehens kann 4 bis 6 Tausend Złoty betragen, jedoch mit der Einschränkung, dass der Kredit 50% der Baukosten nicht überschreiten darf. Die Anleihe muss hypothekarisch auf der ersten Stelle gesichert sein.

Nähere Informationen werden am Bialaer Magistrat beim Komite für Städteausbau erteilt.

Die Interessenten müssen ihre Gesuche an die Bank Gospodarstwa Krajowego, Oddział w Krakowie durch das Komite für Städteausbau am Bialaer Magistrat bis zum 28. Februar 1934 einreichen.

Die Gebühren für Arzneien.

Arzneien werden den Versicherten gegen eine Gebühr von 30 Groschen verabfolgt, wenn der Wert der Arznei nicht mehr als 5,— Zł. beträgt, ebenso Prothesen und Bandagen für Krüppel, wenn ihr Wert nicht mehr als 15,— Zł. beträgt. Teurere Arzneien werden nur verabfolgt, wenn sie teilweise bezahlt werden und zwar: Verdient ein Versicherter bis Zł. 70,— wöchentlich so wird er 25% des Arzneiwertes bezahlen müssen, verdient er mehr als Zł. 70,— wöchentlich, so zahlt er 50% des Arzneipreises.

Kundmachung.

Seitens des Mietschiedsamtes in Bielitz werden am 15. eines jeden Monats im Sitzungssaale am Bielitzer Magistrat in der Zeit zwischen 6 und 7 Uhr abends unentgeltliche Auskünfte in Mietsangelegenheiten den Interessenten erteilt.

Im Falle der 15. an einem Sonntag oder Feiertag trifft, werden diese Auskünfte auf den nächstfolgendem Wochentage in der angegebenen Tageszeit erteilt.

Achtung, Arbeiter-Gesangvereine.

Dienstag, den 30. Jänner 1934 um ½6 Uhr abends Gau-Vorstandsitzung in der Redaktion. Die Vorstandsmitglieder wollen bestimmt erscheinen.

Die Gauleitung.

Verband der Metallarbeiter in Polen Ortsgruppe Bielsko.

Achtung, Subkassierer der Metallarbeiter!

Die Generalversammlung der Metallarbeiterortsgruppe in Bielsko findet am 18. Februar l. J. um 9 Uhr vorm. im grossen Arbeiterheimsaal statt.

Die Genossen Subkassierer werden daher ersucht, sich die entsprechende Anzahl von Einladungen für die bei ihnen zahlenden Mitglieder im Sekretariat der Metallarbeiter abzuholen, da die Einladungen auf den Namen jedes Mitglieds lautend ausgestellt werden. Der Vorstand.

Arbeitslosenunterstützung wird nur 14 tägig ausgezahlt. Der Hauptvorstand des Arbeitslosenfonds hat den Beschluss gefasst, ein neues Auszahlungssystem für die Arbeitslosenunterstützungen einzuführen. Von nun an sollen die Arbeitslosen die Unterstützungen, anstatt wöchentlich, erst in 2 Wochen erhalten. Welchen Zweck diese Massnahme haben soll, ist nicht erklärlich. Wahrscheinlich will man die Arbeitslosen langsam von jeder Unterstützung abgewöhnen.

A. G. V. „Einigkeit" Aleksandrowice. Genannter Verein veranstaltet am 3. Februar l. J. in den Lokalitäten „Zum Patrioten" einen Maskenball, zu welchem alle Freunde und Gönner dieses Vereines freundlichst eingeladen werden

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen Bezirk Oberschlesien Katowice, Dworcowa 11 Schriftleitung Johann Kowoll für den Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, beide in Katowice, Dworcowa 11
Druck: „Drukarnia Ludowa", Spółdz. z odp. udz., Katowice